

2026



Kreiswahlprogramm AfD Vogelsberg



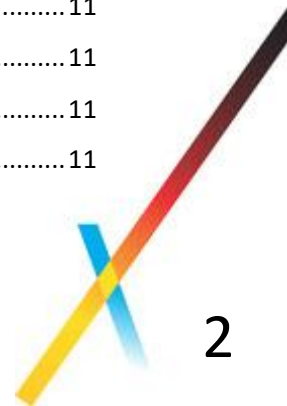
Kreiswahlprogramm der AfD Vogelsberg

zur Kommunalwahl am 15.03.2026

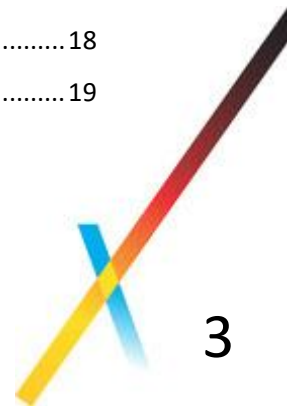


Inhaltsverzeichnis

Alternative für Deutschland – Ihre starke Stimme im Vogelsbergkreis	4
Finanzen und Steuern	5
Ausgeglichene kommunale Haushalte	5
Freiwillige Leistungen prüfen	5
Konnexitätsprinzip und Aufgabenbegrenzung	5
Anzahl der Planstellen zurückführen	6
Schulden abbauen	6
Investitionen realistisch planen	6
Verwaltung effizient gestalten	6
Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen	6
Streichung klimaideologischer Prestigeprojekte	6
Kommunale Beteiligungen begrenzen	7
Familie und Demografie	7
Familienfreundlicher Landkreis	7
Frühkindliche Betreuung familiengerecht gestalten	7
Kinderbetreuung stärken – Werte bewahren	8
Bildung und Kultur	8
Infrastruktur von Schulen verbessern	8
Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft eindämmen	8
Ausbau der praxisorientierten Mittelstufen- und Realschulen	8
Förderschulen erhalten, Inklusion mit Augenmaß	9
Vereine in Ganztagschulen einbinden	9
Schwimmunterricht für Grundschüler	9
Für ein ausgewogenes, gesundes Schulessen	9
Denkmalschutz stärken	9
Förderung fragwürdiger NGOs stoppen	10
Sozialpolitik	10
Soziale Infrastruktur für Senioren	10
Gesundheit	10
Wohnortnahe, flächendeckende medizinische Versorgung	10
Kommunale Steuerung der Versorgung	10
Kreiskrankenhaus	11
Entlastung von Hausarztpraxen	11
Innere Sicherheit	11
Sicherheit im öffentlichen Raum	11



Sicherheit im ÖPNV	12
Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.....	12
Sicherheit in Sport- und Kultureinrichtungen	12
Zuwanderung und Asyl.....	12
Unterbringung von Asylbewerbern und Standorte.....	12
Leistungsgewährung: Sach- statt Geldleistungen	13
Konsequente Rückführung und Aufenthaltsbeendigung	13
Begrenzung des Familiennachzugs.....	13
Rückkehrförderung statt Integrationsleistung.....	13
Gemeinnützige Arbeit und gesellschaftlicher Beitrag.....	13
Wirtschaft.....	14
Leistung statt Ideologie: Eine starke Wirtschaft für starke Kommunen	14
Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum	14
Bargeldversorgung sicherstellen	14
Heimat stärken – Handwerk fördern	14
Wirtschaftsförderung.....	15
Fachkräfte sichern und gewinnen	15
Digitalisierung vorantreiben.....	15
Tourismus stärken.....	15
Energie	15
Windkraft- und PV-Subventionen stoppen	15
Verpflichtende kommunale Wärmeplanung ist ein Irrweg.....	16
Digitalisierung in der Verwaltung.....	16
Landwirtschaft und Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft stärken.....	16
Jagd und Naturschutz fördern.....	17
Tierschutz verlässlich sichern.....	17
Lebensmittelsicherheit gewährleisten	17
Verkehr.....	17
Bürgernahe Verkehrspolitik	17
Straßenverkehr - Individualverkehr	18
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) verbessern	18
Bauen und Wohnen	18
Kommunale Bauvorschriften reduzieren	18
Wohngeld statt „Sozialen Wohnungsbau“	19



Alternative für Deutschland – Ihre starke Stimme im Vogelsbergkreis

Aus tief empfundener Sorge um die Zukunft unseres Landes und Europas haben sich auch im Vogelsbergkreis viele Menschen in der Alternative für Deutschland zusammengeschlossen. Tag für Tag erleben wir, wie etablierte Parteien die Interessen der Bevölkerung übergehen – oft fehlt der Mut, manchmal der Wille oder die Courage, für unsere Gemeinschaft und ihre Belange einzustehen.

Wir wollen das ändern und im Vogelsbergkreis Verantwortung übernehmen: Für unseren Landkreis, unsere Städte und Gemeinden, für unsere Nachbarn, Freunde und Familien.

Die Herausforderungen vor Ort sind so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Wir sind in erster Linie Bürger, die ihre Heimat lieben und kennen. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir die aktuellen Probleme aktiv anpacken und eine Politik gestalten, die auf Vertrauen, Ehrlichkeit und gemeinsamen Werten basiert. Die Bürger sind der Souverän und müssen stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Aus diesem Wertefundament leitet sich das nachfolgende Programm ab.



Finanzen und Steuern

Ogleich die hessischen Kommunen pro Einwohner im bundesweiten Vergleich über eine auskömmliche Finanzausstattung verfügen, gelingt es der Politik nicht, mit dem Geld der Steuerzahler auszukommen.

Verantwortlich für das so oft beschriebene Ausgabenproblem des Staates sind auf kommunaler Ebene, neben dem expandierenden politischen Gestaltungsanspruch, vor allem die Sozialkosten. Zudem wächst aufgrund anhaltender Zuwanderung der zu alimentierende Personenkreis weiter an. Der hierdurch mitbedingte Personalaufwuchs in den kommunalen Verwaltungen hat mitsamt den verbundenen Versorgungsausgaben einen stetigen Anstieg der Ausgaben für Personal zur Folge.

Ausgeglichene kommunale Haushalte

Wir fordern, dass der Landkreis und die kreisangehörigen Kommunen künftig einen anderen Weg beschreiten und zu ausgeglichenen Haushalten zurückkehren. Finanzielle Mittel sollen nach Möglichkeit nur für die Kernaufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge bereitgestellt werden. Sämtliche Leistungen, die keinen gesetzlichen Verpflichtungen unterliegen, müssen auf den Prüfstand. Das Ziel müssen ausgeglichene Haushalte sein.

Freiwillige Leistungen prüfen

Alle freiwilligen finanziellen Leistungen des Landkreises sind daraufhin zu überprüfen, inwiefern für diese ein zwingendes öffentliches Bedürfnis besteht. Ferner ist zu prüfen, ob die jeweilige Höhe des Zuschusses dem Zweck angemessen ist, ob die eigene Leistungsfähigkeit der Nutzer berücksichtigt wurde und inwieweit die Zuschussvergabe und Verwendungskontrolle die Erfüllung des öffentlichen Bedürfnisses sicherstellen. Alle bisherigen kommunalen Zuschüsse, die dieser Überprüfung nicht standhalten, werden entsprechend für die kommenden Haushaltsjahre reduziert oder gestrichen.

Konnexitätsprinzip und Aufgabenbegrenzung

Die Landkreise und Kommunen leiden derzeit unter enormen finanziellen Belastungen, da Bund und Länder ihnen immer umfangreichere Aufgaben aufbürden, die sie nicht oder nicht ausreichend gegenfinanzieren und dadurch die Erfüllung kommunaler Kernaufgaben erschweren und kommunale Handlungsspielräume massiv einschränken.

Das Konnexitätsprinzip ist daher konsequent gegenüber Bund und Land einzufordern. Dies bedeutet, dass die Kommunen von der finanziellen Belastung einer ihnen übertragenen Aufgabe freizustellen sind (Wer bestellt, der bezahlt!).

Bei der Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichtaufgaben muss der Landkreis die Standards grundsätzlich auf das erforderliche Normalmaß zurückfahren. Sollte eine absolute Notwendigkeit gesehen werden, einzelne Pflichtaufgaben weiterhin mit erhöhten Standards zu erfüllen, so muss eine solche Ausnahme ausführlich und jährlich neu begründet werden.



Anzahl der Planstellen zurückführen

Wir fordern, nicht nur den stetigen Aufwuchs der Personalstellen zu beenden, sondern den Personalbestand konsequent zu minimieren. Etwaigem Personalbedarf ist durch Priorisierung der Aufgaben und durch Umschichtung im Personalbestand zu begegnen.

Schulden abbauen

Wir fordern eine nachhaltige Finanzpolitik. Dies bedeutet, dass neben dem Ergebnishaushalt natürlich auch der Finanzhaushalt ohne Neuverschuldung auskommen muss. Im Vogelsbergkreis schließt der Ergebnishaushalt im Jahr 2025 voraussichtlich mit einem Defizit von ca. 4,2 Mio Euro ab. Altschulden sind konsequent zu tilgen. Auf die Bildung allgemeiner, d.h. nicht zweckgebundener Rücklagen, muss - soweit möglich - verzichtet werden. Um den Kommunen mehr finanziellen Handlungsspielraum zu ermöglichen, ist auf eine möglichst konstante Kreisumlage zu achten.

Investitionen realistisch planen

Investitionen sind aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren und - wenn möglich - nicht aus Schulden. Der Umfang von geplanten Investitionen übersteigt häufig die vorhandenen Finanzmittel. Investitionsvorhaben müssen sich an ihrer realistischen Durchführbarkeit orientieren und dürfen dem Landkreis nicht die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit nehmen.

Verwaltung effizient gestalten

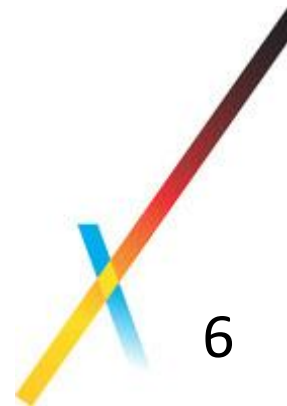
Die Verwaltungsabläufe sollen konsequent vereinfacht, überprüft und – wo nötig – neu gestaltet werden, um eine schlanke und effektive Organisation zu schaffen.

Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen

Indem die kommunale Zusammenarbeit noch stärker gelebt wird, können Synergien genutzt werden. Dieses betrifft neben gemeinsam zu stemmenden Investitionen (u.a. für Feuerwehren, Bauhöfe oder die Wasserversorgung) die Optimierung von Verwaltungsabläufen.

Streichung klimaideologischer Prestigeprojekte

Klimaideologische Prestigeprojekte wie die kommunale Wärmeplanung, Windparks sowie Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die keine weitere Flächennutzung zulassen, sind aufzugeben.



Kommunale Beteiligungen begrenzen

Die Auslagerung von Aufgaben der kommunalen Verwaltung in Eigenbetriebe oder Beteiligungsgesellschaften hat zur Folge, dass Entscheidungen, welche die finanzielle Situation der Kommune betreffen, oftmals der direkten Behandlung in den Kreistagen entzogen sind.

Da Schulden der Beteiligungsunternehmen die kommunalen Haushalte nicht direkt belasten, bestehen Anreize, Kreditaufnahmen in die Beteiligungen zu verschieben. Dabei haftet die Kommune schließlich immer für die Schulden der Beteiligungsunternehmen.

Zudem hat sich die Praxis eingeschlichen, gut dotierte Stellen in den Gesellschaften vornehmlich nach Parteibuch, anstatt nach Qualifikation zu vergeben. Wir halten es für sinnvoll, die Anzahl der Gesellschaften – wo immer möglich - durch Rückführung in die Kernhaushalte zu reduzieren.

Familie und Demografie

Familienfreundlicher Landkreis

Stabile Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Unsere Kommunen müssen zu Orten werden, an denen Familien sich wohlfühlen, wachsen und sich entfalten können. Deshalb fordern wir, sämtliche Verwaltungsabläufe auf Familienfreundlichkeit zu überprüfen und gezielt anzupassen. Die Entscheidung für ein Kind, darf nicht durch bürokratische Hürden erschwert werden. Digitale Services, familienfreundliche Öffnungszeiten und unbürokratische Unterstützung müssen selbstverständlich sein. Familienfreundlichkeit muss als verbindliche Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert werden – nicht nur als Schlagwort, sondern als Maßstab kommunalen Handelns.

Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen: Kreis und Kommunen sollen familienfreundliche Arbeitsmodelle bieten – mit flexiblen Arbeitszeiten, Telearbeitsplätzen, Teilzeitausbildungen und klar geregelten Wiedereinstiegsmöglichkeiten. Gerade für junge Eltern müssen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie finanzielle Sicherheit gegeben sein. Der Landkreis als Arbeitgeber trägt Verantwortung, familienfreundliche Rahmenbedingungen aktiv zu gestalten – als Vorbild für Wirtschaft und Gesellschaft.

Wenn die finanziellen Rahmenbedingungen es zulassen, soll von Seiten des Landkreises für jedes neugeborene Kind ein Willkommenspaket mit u.a. Informationsmaterial für Eltern, kleine Geschenke fürs Baby, ein Windelpaket und regionale Gutscheine, im Wert von 150 Euro eingeführt werden.

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte sollen durch Familienbeauftragte ersetzt werden.

Frühkindliche Betreuung familiengerecht gestalten

Kinder unter drei Jahren brauchen vor allem verlässliche Bindungspersonen – idealerweise Mutter und Vater. Eltern müssen echte Wahlfreiheit haben, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder ein ergänzendes Betreuungsangebot nutzen. Für Kinder unter drei Jahren soll die Kindertagespflege verlässlich ausgebaut und gefördert werden. Ziel ist eine flexible, bedarfsorientierte Kinderbetreuung, die das Wohl des Kindes und die Lebensrealität der Familien gleichermaßen berücksichtigt.



Kinderbetreuung stärken – Werte bewahren

Kindertagesstätten übernehmen wichtige Aufgaben der Betreuung, Bildung und sozialer Integration. Sie sollen Eltern entlasten und Kinder fördern.

Die deutsche Sprache ist dabei eine elementare Grundlage für den Bildungserfolg und die Integration. Sie muss in jeder Kindertagesstätte verbindlich gefördert werden. Gleichzeitig lehnen wir die Politisierung der frühkindlichen Bildung ab. Themen wie Frühsexualisierung, „Gender“-Ideologie oder klimapolitische Indoktrination gehören nicht in die Betreuungseinrichtungen.

Angesichts des wachsenden Bedarfs an pädagogischen Kinderbetreuungsplätzen ist der Ausbau und die Förderung der Kindertagespflege zudem von zentraler Bedeutung. Tagesmütter und Tagesväter leisten eine sehr individuelle sowie familiennahe Betreuungs- und Bildungsarbeit und ermöglichen vielen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bürokratische Hürden sind konsequent abzubauen, um den Beruf attraktiver zu gestalten.

Bildung und Kultur

Infrastruktur von Schulen verbessern

Der Bau und die Instandsetzung von Schulgebäuden sind primär Aufgabe der kommunalen Ebene. In Hessen und auch bei uns im Vogelsbergkreis sind Schulen teilweise so stark sanierungsbedürftig, dass der Unterricht dort nicht mehr angemessen stattfinden kann. Wir fordern daher eine bedarfsgerechte Finanzierung zur Bekämpfung des Investitionsstaus an Schulgebäuden.

Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft eindämmen

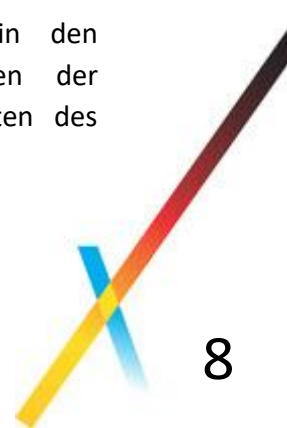
Die Sicherheit unserer Kinder auf dem Schulweg und in der Schule muss gewährleistet werden. Der schulische Alltag ist mittlerweile vielfach durch Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Schulleitungen, Lehrer sowie betroffene Schüler und Eltern beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite. Ein ordnungsgemäßer Unterricht ist stellenweise nicht mehr möglich.

Wir fordern eine Initiative des Landkreises, ähnlich dem PiT-Programm (Prävention im Team), dass sich an alle Jahrgänge richtet und bei Problemfällen kontaktiert werden kann.

Ausbau der praxisorientierten Mittelstufen- und Realschulen

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Erhalt eines leistungsorientierten und durchlässig gegliederten Schulsystems. Dieses soll allen Schülern die optimalen Voraussetzungen zur Ausbildung ihrer individuellen Talente und Neigungen bieten.

Eine einseitige kommunale Förderung der Gymnasien und Gesamtschulen in den Schulentwicklungsplänen bezüglich Ausstattung, Lehr- und Lernmittel zulasten der praxisorientierten Mittelstufen- und Realschulen lehnen wir insbesondere in Zeiten des handwerklichen Fachkräftemangels ab.



Förderschulen erhalten, Inklusion mit Augenmaß

Alle Schüler haben das Recht auf individuelle Förderung. Nur ein gegliedertes Schulsystem bietet Schülern mit und ohne Förderbedarf optimale Bildungschancen. Der Fortbestand der Förderschulen muss deshalb auf kommunaler Ebene abgesichert werden.

Wir sprechen uns gegen die Schließung von Förderschulen aus, wie es bereits in anderen Landkreisen erfolgt ist. Unsere Förderschulen im Vogelsbergkreis müssen finanziell so ausgestattet werden, dass diese ihre wichtige Arbeit ohne Einschränkungen fortführen können. Wenn der Grad der Beeinträchtigung eines Schülers eine erfolgreiche reguläre Beschulung erwarten lässt und optimale Lern- und Förderbedingungen vorliegen, spricht nichts gegen eine Inklusion in den Regelunterricht.

Vereine in Ganztagschulen einbinden

Unter der schulischen Ganztagsbetreuung leidet die Nachwuchsgewinnung von Vereinen massiv. Eine naheliegende Lösung ist die aktive Einbindung von Sport- und Kulturvereinen in die Ganztagsbetreuung im schulischen Umfeld, die dieses durch ihre anspruchsvollen künstlerisch-kulturellen sowie sportlichen Programme bereichern können.

Schwimmunterricht für Grundschüler

Schwimmunterricht muss wieder ein fester Bestandteil des Grundschulunterrichts werden. Deshalb sind die Kommunen anzuhalten, entsprechende Möglichkeiten zum Erhalt bzw. Ausbau von Schwimmmöglichkeiten zu organisieren.

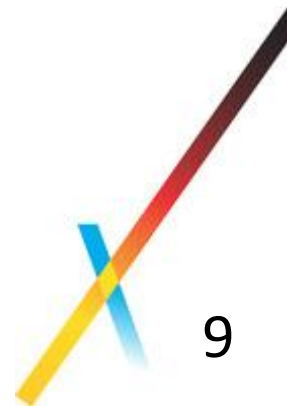
Für ein ausgewogenes, gesundes Schulessen

An vielen Schulen in Hessen wird das Speisenangebot durch ideologische oder religiös begründete Vorgaben eingeschränkt. Das betrifft beispielsweise rein vegetarische Speisepläne oder die Streichung von Schweinefleisch.

Wir betrachten dieses Vorgehen als klaren Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und bekennen uns unmissverständlich zur uneingeschränkten Wahlfreiheit beim Schulessen.

Denkmalschutz stärken

Wir setzen uns für die Pflege, die Wertschätzung und den Erhalt unseres historischen Erbes im Vogelsbergkreis ein. Dazu zählen historische Gebäude, Gefallenendenkmäler, Bodendenkmäler und Parks.



Förderung fragwürdiger NGOs stoppen

Wir lehnen es ab, dass der Landkreis vermeintlich neutrale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und sogenannte „zivilgesellschaftliche Gruppen“ mit öffentlichen Mitteln fördert und ihnen finanzielle Unterstützung gewährt. Im Vogelsbergkreis betrifft dies insbesondere das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Rahmen einer Co-Finanzierung, das vor allem Projekte der politischen Meinungsbildung initiiert, sowie „TRAFO/TraVogelsberg“, ein Programm zur kulturellen Transformation der Region.

Kommunal geförderte Projekte müssen grundsätzlich allen Menschen offenstehen – unabhängig von politischer oder weltanschaulicher Überzeugung. Einseitige Vorhaben, die unter dem Deckmantel der Demokratieförderung auftreten, de facto aber gegen Teile der Bevölkerung gerichtet sind, dürfen keine weitere Unterstützung erhalten.

Sozialpolitik

Soziale Infrastruktur für Senioren

Infolge des demografischen Wandels steigt gerade im ländlichen Raum die Anzahl der Senioren, die auf kommunale Betreuungs- und Unterstützungsangebote angewiesen sind.

Dementsprechend sind Mobilitätsangebote, wie beispielsweise Seniorenbusse, zur Erledigung von Einkäufen und Arztbesuchen einzurichten. Ehrenamtliches Engagement, privatrechtliche Vereine der Seniorenhilfe sowie Nachbarschaftshilfen, insbesondere auch zur Bekämpfung von Einsamkeit, sind zu honorieren und von der Verwaltungsseite zu unterstützen.

Gesundheit

Wohnortnahe, flächendeckende medizinische Versorgung

Wir fordern eine wohnortnahe ambulante und stationäre Versorgung für alle Bürger im Vogelsbergkreis. Jeder soll in zumutbarer Entfernung Zugang zu medizinischer Hilfe haben – insbesondere in den Bereichen Geburtshilfe, Kinderheilkunde, Notfallversorgung und Apotheken.

Eine flächendeckende Grundversorgung vor Ort ist unverzichtbar für die Daseinsvorsorge und darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Kommunale Steuerung der Versorgung

Wir fordern, dass der Landkreis sowie die kreisangehörigen Kommunen alle Handlungsspielräume ausschöpfen, um Ärzte und medizinische Dienste für die Region zu gewinnen bzw. in der Region zu halten. Wir unterstützen daher entsprechende Programme, wie z.B. Landarzt-Stipendien.

Wir unterstützen zudem die Gründung und aktive Förderung medizinischer Versorgungszentren (MVZ), um Versorgungslücken zu schließen.

Zur Prävention weiterer Apothekenschließungen fördern wir Notdienste, Beratung und digitale Versorgungsangebote.

Kreiskrankenhaus

Wir stehen zum Neubau des Kreiskrankenhauses Alsfeld, damit die medizinische Grund- und Akutversorgung vor Ort gestärkt wird. Dies verbinden wir mit klaren Qualitäts- und Leistungsanforderungen an die Versorgung. Zusätzlich verfolgen wir die Wiedereinführung einer Geburtsstation und wollen dabei alle umsetzbaren Modelle evaluieren, so beispielsweise auch einen hebammengeleiteten Kreißsaal.

Seit Jahren bleibt das Land Hessen hinter seinen Pflichten in der Krankenhausfinanzierung zurück. Bundesweit decken die Länder oft nur etwa die Hälfte des notwendigen Investitionsbedarfs der Krankenhäuser, zu dem sie verpflichtet sind. Wir fordern daher, dass das Land Hessen seiner Verpflichtung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz vollumfänglich nachkommt und die Investitionsförderung der stationären Versorgung angemessen sicherstellt.

Entlastung von Hausarztpraxen

Um Ärzte zu entlasten und die wohnortnahe Versorgung dauerhaft zu sichern, unterstützen wir ausdrücklich das landesweite Modell der Gemeindegewerkschaft. Diese qualifizierten Fachkräfte können insbesondere in der häuslichen Versorgung, Prävention und frühzeitigen Erkennung von Versorgungsbedarfen einen wichtigen Beitrag leisten.

Darüber hinaus setzen wir uns für den gezielten Ausbau delegierbarer Leistungen ein – etwa durch den verstärkten Einsatz von VERAHs (Versorgungsassistentinnen in der Hausarztpraxis) oder NÄPAs (Nicht-ärztliche Praxisassistentinnen). Dazu zählen eigenständige Hausbesuche, Fallmanagement und beratende Tätigkeiten. So werden Hausarztpraxen wirkungsvoll entlastet und die Versorgungsqualität im Vogelsbergkreis nachhaltig gestärkt.

Innere Sicherheit

Sicherheit im öffentlichen Raum

Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit und Lebensqualität. Sie zu gewährleisten, ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei, sondern auch der Kommunen. Im Vogelsbergkreis mit seinen weitläufigen Gemeinden ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Landespolizei, kommunalen Ordnungskräften und ehrenamtlichen Helfern besonders wichtig, um schnelle Hilfe und Präsenz auch in entlegenen Ortsteilen sicherzustellen. Da unsere Polizeistationen große Zuständigkeitsbereiche abdecken, ist die Stärkung der kommunalen Ordnungspolizei in den Städten und größeren Kommunen wichtig. Auch interkommunale Kooperationen sollen gefördert werden, um Präsenz im gesamten Kreisgebiet zu gewährleisten. Wir wollen verhindern, dass unsere traditionellen Feste und Veranstaltungen aufgrund steigender Sicherheitskosten in Zukunft immer öfter abgesagt werden müssen. Im Benehmen mit den Landespolizeibehörden sollen Zugangsbeschränkungen sichergestellt werden.



Sicherheit im ÖPNV

Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Menschen auf Wegen, wie auch in Bus, Bahn und an Haltestellen zu jeder Zeit sicher fühlen können. Insbesondere für Frauen und Senioren ist das Risiko zu senken, Opfer zu werden. Ihnen wollen wir die Angst nehmen, abendliche Veranstaltungen zu besuchen und so eine Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen.

Wir fordern eine deutliche Ausweitung von erkennbarem Sicherheitspersonal, eine umfassende Beleuchtung an Haltestellen und Bahnhöfen sowie eine verstärkte Installation von Notrufknöpfen.

Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Ein verlässlicher Schutz im Notfall ist unverzichtbar. Deshalb wollen wir unsere Feuerwehren mit funktionierender Ausstattung und bedarfsgerechten Feuerwehrhäusern erhalten und erforderlichenfalls stärken.

Die hohe Zahl an strafbaren Übergriffen auf Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst gefährden in hohem Maße die Arbeit der Helfer sowie die Hilfsbedürftigen. Damit Hilfe schnell und effektiv koordiniert werden kann, setzen wir auf zuverlässige Alarmierungssysteme wie Sirenen, moderne digitale Alarmierung und sichere Kommunikationswege.

Darüber hinaus fördern wir das Ehrenamt in den Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen, indem wir bessere Rahmenbedingungen schaffen und das Engagement vieler ehrenamtlicher Bürger wertschätzen. Wir fordern höhere Aufwandsentschädigungen, kostenfreien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, wie Schwimmbädern und Museen, für die ehrenamtliche Tätigkeit in Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.

Sicherheit in Sport- und Kultureinrichtungen

Wie im gesamten öffentlichen Raum hat auch die Sicherheit in Sport- und Kultureinrichtungen in den letzten Jahren massiv gelitten, insbesondere durch die wiederkehrenden Übergriffe in Schwimmbädern. Wir fordern hier eine Null-Toleranz-Strategie. Bei wiederholten Vorfällen sind konsequente Maßnahmen wie Hausverbote, Identitätsfeststellungen und eine verstärkte Präsenz von Aufsichtspersonal notwendig.

Zuwanderung und Asyl

Zuwanderung und Asyl haben seit 2015 eine neue Dimension erreicht. In nicht zu rechtfertigender Weise wurde eine Masseneinwanderung nie gekanntes Ausmaßes zugelassen, die beinahe unvermindert anhält und die die zur Aufnahme verpflichteten Landkreise und Kommunen in vielen Fällen in ihrer Leistungsfähigkeit überfordert – so auch bei uns im Vogelsbergkreis.

Unterbringung von Asylbewerbern und Standorte

Während des Zeitraums des Asylverfahrens sollen Asylbewerber bevorzugt in zentralen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Die Standorte von Unterkünften sollen so ausgewählt werden, dass der soziale Frieden vor Ort gewahrt bleibt.



Leistungsgewährung: Sach- statt Geldleistungen

Geldleistungen an Asylbewerber sollen durch Sachleistungen ersetzt werden. Dabei sollen die Leistungen auf das erforderliche Minimum beschränkt werden. Bis zur Umstellung von Geldleistungen auf Sachleistungen soll die Bezahlkarte an sämtliche Asylbewerber einschließlich der Bestandfälle, Analogleistungsempfänger und vollziehbar Ausreisepflichtige ausgegeben werden. Die Anhebung der Bargeldobergrenze soll nur ausnahmsweise und in Einzelfällen, z.B. aufgrund gesundheitlicher Bedarfe, erfolgen.

Konsequente Rückführung und Aufenthaltsbeendigung

Wir fordern die schwarz-rote Landesregierung zudem auf, die im Koalitionsvertrag versprochene Rückführungsoffensive endlich aufzunehmen und Ausreiseverpflichtungen konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten durchzusetzen. Dazu hat das Land Hessen Rückführungszentren zu schaffen, in denen sich ausreisepflichtige Asylbewerber bis zu ihrer freiwilligen Ausreise oder Abschiebung aufzuhalten haben.

Begrenzung des Familiennachzugs

Wir fordern außerdem eine deutliche Begrenzung des Familiennachzugs im Rahmen des geltenden Rechts. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten dürfen, ist aktuell per Gesetz bis zum 23. Juli 2027 ausgesetzt. Der subsidiäre Schutzstatus soll keinen dauerhaften Aufenthalt begründen und darf nicht als nachträglicher Weg der Einwanderung über den Familiennachzug genutzt werden.

Rückkehrförderung statt Integrationsleistung

Statt Integrationsleistungen mit dem Ziel der Einbürgerung, sprechen wir uns für Schnellkurse im Erwerb handwerklicher Fähigkeiten aus, die beim Wiederaufbau nach der Rückkehr in die Herkunftsstaaten eingesetzt werden können. So machen wir aus ehemaligen Flüchtlingen, Aufbauhelfer und diese fit für die Rückkehr in ihre Heimat.

Wir sprechen uns für die Einrichtung eines Rückkehrbeauftragten auf Kreisebene aus. Dieser koordiniert die oben genannten Schnellkurse und berät Asylbewerber bei der freiwilligen Rückreise.

Gemeinnützige Arbeit und gesellschaftlicher Beitrag

Menschen, die unsere staatliche Unterstützung und Hilfe in Anspruch nehmen, müssen auch ihren gesellschaftlichen Beitrag leisten. Vor diesem Hintergrund sieht das Asylbewerberleistungsgesetz in § 5 explizit auch die Möglichkeit der Verpflichtung von Asylbewerbern zu gemeinnütziger Arbeit bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern vor. Die Entscheidungskompetenz diesbezüglich liegt bei den einzelnen Kommunen. Wir fordern, von dieser gesetzlichen Möglichkeit konsequent Gebrauch zu machen. Die gemeinnützige Arbeit bietet Asylbewerbern die Chance, der Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, etwas zurückzugeben und auch eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten zu verbessern.



Wirtschaft

Leistung statt Ideologie: Eine starke Wirtschaft für starke Kommunen

Wir stehen für eine wirtschaftspolitische Realpolitik innerhalb der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen auf Leistung, Eigenverantwortung und regionale Stärke, frei von ideologischer Bevormundung. Wir erkennen die herausragende Bedeutung des Unternehmertums, gerade auch im Handwerk, als Rückgrat unserer Gesellschaft an.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist die Firma Stehr aus Storndorf: Sie gilt als Weltmarktführer im Bereich Spezialbaumaschinen und hält zahlreiche Patente. Mit innovativen Lösungen für den Straßen- und Tiefbau, die weltweit eingesetzt werden, trägt das Unternehmen maßgeblich zur Entwicklung der Region und weit darüber hinaus bei. Viele Vogelsberger Firmen setzen mit Ideenreichtum, Fachwissen und handwerklichem Können Maßstäbe — und verdeutlichen, welchen konkreten Beitrag innovative Unternehmen zur wirtschaftlichen Stärke, Beschäftigung und Zukunftssicherung unseres Landkreises leisten.

Wir werden wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, die Wachstum, Innovation und Wohlstand ermöglichen. Wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen sollten auf die öffentliche Daseinsvorsorge begrenzt werden und bleiben.

Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum

Kleine und mittelständische Unternehmen brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung statt bürokratischer Bevormundung. Sie brauchen Bürokratieabbau, Fachkräfte, freie Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, bezahlbare Energiepreise sowie ein stabiles Internet. Ideologiefreie, marktwirtschaftlich orientierte Kommunalpolitik mit einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung ist der Schlüssel zur Weiterentwicklung des Standortes.

Bargeldversorgung sicherstellen

Die lokale Bargeldversorgung muss sichergestellt sein. Zahlreiche Volksbanken und Sparkassen reduzieren die Anzahl ihrer Geschäftsstellen immer weiter. Der dadurch voranschreitenden Bargeldabschaffung durch die Hintertür treten wir entschieden entgegen. Einige Institute bieten immerhin noch einen „Bargeld-Lieferservice“ an. Die kommunalen Geldinstitute müssen aber verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld beizubehalten.

Heimat stärken – Handwerk fördern

Das Handwerk ist das Herz unserer Heimat. Wir kämpfen für die Entlastung unserer regionalen Betriebe: Weniger Bürokratie, Abgaben-Erleichterungen und echte Wertschätzung für Ausbilder und Meister. Handwerksbetriebe sichern Tradition, Wohlstand und Zukunft. Wer unsere Heimat bewahren will, muss das Handwerk stärken – wir treten entschlossen dafür ein.



Wirtschaftsförderung

Wir betrachten Innovation als den zentralen Motor für Deutschlands Zukunft. Deshalb fordern wir eine ideologiefreie Wirtschaftsförderung, die sich an Sinnhaftigkeit und Nutzen orientiert.

Fachkräfte sichern und gewinnen

Zur Gewinnung von Fachkräften werden wir die Organisation kommunaler Ausbildungs- und Jobbörsen zwischen der Wirtschaft und den Schulen weiter stärken. Zudem muss der Abwanderung von Fachkräften mit geeigneten Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Digitalisierung vorantreiben

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Förderung digitaler Kompetenzen in der Wirtschaft sollen die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Schnelleres Internet, Schulungen für digitale Buchungs- und Verwaltungssysteme und Unterstützung bei der Online-Vermarktung müssen verbessert werden, damit auch kleine Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben.

Tourismus stärken

Der Vogelsbergkreis beeindruckt durch seine landschaftliche Vielfalt und ist ein attraktives Ziel für Gäste aus ganz Deutschland. Die touristische Entwicklung der Vulkanregion Vogelsberg wollen wir gezielt stärken – insbesondere durch den Erhalt sowie Ausbau der Infrastruktur für Wandern, Radfahren, Reiten und Familienurlaub.

Wir setzen uns für ein schlüssiges Tourismuskonzept ein, das Radwege, ÖPNV und spezifische Angebote vernetzt. Kulturelle Höhepunkte, markante Architektur, landschaftliche Besonderheiten sowie Freizeit-, Sport-, Bildungs- und Naturerlebnisse sollen integriert und gezielt für Besucher erschlossen werden.

Energie

Windkraft- und PV-Subventionen stoppen

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind nicht grundlastfähig und deshalb für die Energieversorgung eines Industrielandes nicht geeignet. Sie sind außerdem gesundheits- und umweltschädlich, z.B. durch Mikroplastik. Tiefe Frequenzen, Lärm durch die Rotoren und Schattenschlag können gravierende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Viele Tierarten, wie Vögel, Insekten und Fledermäuse fallen den Anlagen zum Opfer.

Der weitere Ausbau der Windkraft im Vogelsbergkreis darf auf keinen Fall in Wald- und Naturschutzgebieten stattfinden.



Verpflichtende kommunale Wärmeplanung ist ein Irrweg

Unsere Kommunen werden durch Bundes- und Landesgesetze zum Erfüllungsgehilfen der ideologisch geprägten „Energiewende“, ohne dass dies einen Nutzen für die Bürger hat.

Seit Anfang 2024 gilt das Wärmeplanungsgesetz, das alle Kommunen verpflichtet, bis spätestens zum 30.06.2028 eine Wärmeplanung durchzuführen. Insbesondere im Vogelsbergkreis stehen aufgrund seiner speziellen vulkanischen Geologie, regionale hohe Explorationskosten an einigen Stellen an. Die hohen Aufwände dafür sind einerseits ein Risiko und der zu erwartende Energiegewinn ist zumindest fraglich. Auch die geplante Länge der Versorgung durch die externen Anbieter sollte festgeschrieben werden.

Das Wärmeplanungsgesetz und das unsägliche „Heizungsgesetz“ sind eng miteinander verzahnt. Wärmeplanung soll zu Wärmenetzen führen, die enorme Investitionen und hohe laufende Kosten verursachen. Daher geht zentrale Wärmeversorgung praktisch immer mit einem Anschluss- und Benutzungszwang einher, der die Bürger belastet und die Freiheit der Eigentümer einschränkt.

Digitalisierung in der Verwaltung

Für den Landkreis besteht der gesetzliche Auftrag alle Verwaltungsleistungen für den Bürger digital zugänglich zu gestalten. Wir fordern die umgehende Umsetzung dieses Auftrags.

Trotzdem müssen insbesondere ältere Menschen die Möglichkeit behalten, unabhängig von digitalen Angeboten sämtliche kommunalen Dienstleistungen auch analog in Anspruch nehmen zu können.

Die Versorgung der Kommunen mit modernen Informationstechnologien wie schnellem Internet oder Mobilfunk muss sichergestellt werden. Dies betrifft besonders Unternehmen, Verwaltung und Schulen.

Zur Senkung der Personalkosten des Landkreises müssen die Verwaltungsprozesse digital optimiert werden. Die neuen Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz (KI) sind zu nutzen, um Mitarbeiter von standardisierten Arbeitsprozessen zu entlasten.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Landwirtschaft stärken

Viele bäuerliche Familienbetriebe sind die Grundlage für unsere Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Die Bauernfamilien halten schon seit vielen Generationen Traditionen und Brauchtum aufrecht und sind damit unersetzlich für die regionale Identität.

Eine überbordende Bürokratisierung belastet die Landwirte über die Maßen. Wir setzen uns dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Daher müssen die Kommunen über den Landtag und den Bundestag Einfluss auf den EU-Verordnungswahn nehmen, um die völlig aus dem Ruder gelaufene Bürokratie und Überregulierung Schritt für Schritt zurückzufahren.

Der Landkreis soll die lokale Vermarktung und den Verkauf von regional produzierten Lebensmitteln weiterhin unterstützen.



Jagd und Naturschutz fördern

Die Jagd leistet einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz. Sie braucht eine verlässliche Infrastruktur sowie kommunale Unterstützung. Schießstände sind für die jagdliche Ausbildung und Praxis unverzichtbar und müssen erhalten sowie bei Bedarf unbürokratisch genehmigt werden. Invasive Arten wie Marderhund, Nilgans, Nutria oder Waschbär gefährden unsere heimischen Ökosysteme. Ihre Bejagung ist kommunal zu koordinieren und in den betroffenen Landkreisen durch Abschussprämien wirksam zu fördern.

Der Wolf gehört ins Jagdrecht. Wir fordern die Etablierung wolfsfreier Zonen, in denen Wölfe unter Beachtung des Elterntierschutzes konsequent bejagt werden. Außerhalb dieser Zonen müssen die Wolfspopulationen durch Bejagung auf ein ökologisch verträgliches Maß begrenzt werden. Sogenannte „Problemwölfe“, die Nutz- und Haustiere angreifen, sind umgehend und unbürokratisch zu entnehmen. Städte und Kommunen müssen in solchen Fällen umgehend eine Abschussgenehmigung beantragen.

Es ist angezeigt, Wölfen die Scheu vor dem Menschen wieder anzuerziehen. Für die geschädigten Besitzer von gerissenen Nutz- und Haustieren müssen die Entschädigungsverfahren vereinfacht sowie der materielle Verlust zeitnah und in vollem Umfang finanziell ersetzt werden.

Tierschutz verlässlich sichern

Tierschutz ist kommunale Pflichtaufgabe. Tierheime dürfen nicht länger von Spenden oder schwankenden Haushaltsansätzen abhängen. Wir fordern eine jährliche, gesicherte Beteiligung des Landkreises und der Kommunen an den Tierheimkosten, insbesondere für Beschlagnahmungen und Verwahrungen.

Lebensmittelsicherheit gewährleisten

Wir wollen eine strikte, aber faire Überwachung mit klaren Befugnissen, ohne ideologische Voreingenommenheit. Statt stigmatisierender Hygieneampel sollen sachgerechte Inspektionen durchgeführt und Beratungen für Betriebe und Chancen zu Nachbesserungen angeboten werden.

Verkehr

Bürgernahe Verkehrspolitik

Wir sprechen uns für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierten Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnen wir ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.



Straßenverkehr - Individualverkehr

Generell wird es mit uns keine Fahrverbote in den Innenstädten geben. Auf den Hauptverkehrsstraßen soll innerorts weiterhin Tempo 50 gelten, um den Verkehrsfluss zu verbessern. Begrenzungen auf Tempo 30 sind nur vor Schulen und Kindergärten, Altenheimen und Krankenhäusern sowie anderen Gefahrenbereichen sinnvoll.

Der Neubau von Ortsumgehungen wird zur Entlastung der Anwohner und Verbesserung des Verkehrsflusses von uns mit Nachdruck forciert – als Beispiel sei hier die Ortsumgehung Wartenberg genannt, die schon seit Jahrzehnten geplant ist.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) verbessern

Für uns haben Verbesserungen der Sicherheit, der Sauberkeit und der Zuverlässigkeit von Zügen, Bussen und Bahnhöfen oberste Priorität im Nahverkehr. Es muss wieder in die Substanz investiert werden!

Wir befürworten das Deutschlandticket aufgrund seiner vielfältigen Vorteile, wie der digitalen Buchung und der Abschaffung des Tarifdschungels. Die Finanzierung muss ohne Mehrbelastung des Steuerzahlers und der kommunalen Verkehrsgesellschaften sichergestellt werden. Der Preis des Deutschlandtickets muss so bemessen werden, dass die kommunalen Verkehrsgesellschaften die Kosten mindestens hälftig aus Fahrkarteneinnahmen finanzieren können. Die Schaffung und Finanzierung immer neuer Billigtickets lehnen wir dagegen ab.

Rufbusse und Bedarfsverkehr im Vogelsbergkreis werden wir weiter ausbauen.

Der Ausbau der Vogelsbergbahn auf zweigleisigen Betrieb ist unter Wirtschaftlichkeitsaspekten aus unserer Sicht nicht darstellbar. Wir unterstützen die Lösung der Deutschen Bahn ab Fahrplanwechsel im Dezember 2025, den Güterverkehr zwischen Fulda und Wallenrod in die Nachtstunden nach dem Personenverkehr zu verlegen. Experimente auf Steuerzahlerkosten mit Wasserstoff- oder Akkuzügen lehnen wir ab.

Bauen und Wohnen

Kommunale Bauvorschriften reduzieren

Die Bauvorschriften aus Land, Bund und EU treiben seit Jahren die Baukosten und damit auch die Preise und Mieten in kaum noch bezahlbare Höhen.

Wir fordern die umfassende Streichung zusätzlicher kommunaler Bauvorschriften, z.B. die Dachbedeckung betreffend, damit die Anmietung und der Erwerb von Wohnraum wieder für breite Schichten der Bevölkerung möglich werden.



Wohngeld statt „Sozialen Wohnungsbau“

Es ist unmöglich, den steigenden Wohnungsbedarf mit Sozialwohnungen zu decken. Der „soziale“ Wohnungsbau führt zu Fehlbelegungen, da ein großer Teil der Bewohner im Laufe der Zeit nicht mehr anspruchsberechtigt ist. Wegen dieser Fehlbelegung und mangels ausreichender Sozialwohnungen ist die Mehrzahl der tatsächlich Anspruchsberechtigten unterversorgt.

Es ist daher viel sinnvoller, einkommensschwache Mieter mit Wohngeld zu fördern. Die Förderung erfolgt hier nur, solange die Bedürftigkeit besteht. So gibt es keine Fehlbelegung und die soziale Durchmischung ist gewährleistet. In Märkten, in denen das Wohngeld nicht ausreicht, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.



V.i.S.d.P.

AfD-Kreisverband Vogelsberg

Sprecher: Gerhard Bärsch

c/o AfD Hessen

Ursulum 7

35396 Gießen

Tel.Nr. 06 41 – 98 38 62 – 08

E-Mail: kontakt@afd-vogelsberg.de

Webseite: www.afd-vogelsberg.de

Titelbild: Hoherodskopf - erstellt mit ChatGPT <https://chatgpt.com/de-DE/images/>

